

Südpazifikforum: Umweltkatastrophe und Fischereikrieg

Auf ihrer diesjährigen Tagung am 10. und 11. Juli in Kiribati haben sich die 15 Mitgliedstaaten des Südpazifikforums (Australien, die Cook-Inseln, Fidschi, Kiribati, die Marshall-Inseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Niue, Papua-Neuguinea, die Salomonen, Tonga, Tuvalu, Vanuatu und Westsamoa) insbesondere mit der Gefahr einer Umweltkatastrophe unvorstellbaren Ausmaßes und der Durchsetzung einer internationalen Kampagne gegen den Schleppnetz-fischfang beschäftigt.

Den Inselstaaten Kiribati, Tonga und Tuvalu droht nach neuesten Forschungen über den sogenannten Treibhauseffekt der laufenden globalen Klimaveränderungen buchstäblich der unaufhaltsame Untergang. Bei weiterem Abschmelzen der Polkappen im bisher beobachteten Umfang wird der größte Teil ihrer Landmasse unter dem steigenden Meeresspiegel verschwinden. Australien hat sich auf der Forumstagung bereit erklärt, die Einrichtung eines Verbundsystems von Beobachtungsstationen zu finanzieren, um die Früherkennung eines möglichen Zeitpunktes der Überschreitung kritischer Marken zu verbessern.

Mehreren Mitgliedsstaaten droht durch die internationale Schleppnetz-fischerei der Verlust ihres wichtigsten Wirtschaftsgutes, der Fischbestände. Vor allem japanische, taiwanische und südkoreanische Trawler betreiben in den letzten Jahren diese Art von doppelter Raubfischerei: sie mißachten die wirtschaftlichen Hoheitsrechte und zerstören durch Überfischung die Regenerationsfähigkeit der Bestände dauerhaft. Das Südpazifikforum will jetzt international die Beachtung der verhängten Verbote von Schleppnetz-fischerei in seinen Territorial- und Wirtschaftszonen durchsetzen. Für den Westpazifik haben die USA gegenüber Taiwan durchgesetzt, daß dessen Trawler einen Signalsender installieren müssen, der jederzeit eine exakte Standortbestimmung ermöglicht und so den Küstenwachen die Überwachung der Hoheitsgrenzen erleichtert. In Bezug auf den Südpazifik lehnt aber insbesondere Japan bis-

lang jeden "Kompromiß" zur wirkungsvolleren Überwachung ab.

Vgl. MDA v. 11.7., S. 8; pazifik aktuell Nr. 1, S. 9

UdSSR: erfolgreiche Asienpolitik

Der für Asien zuständige stellvertretende sowjetische Außenminister Rogatschow hat erklärt, daß die Politik der UdSSR im asiatisch-pazifischen Raum in den 3 Jahren seit Gorbatschows Wladiwostok-Rede sehr erfolgreich gewesen ist. Er sagte dazu u.a.:

"Dies waren drei Jahre, in denen praktisch ununterbrochen Verhandlungen, Treffen, Konsultationen, Meinungs-austausch und Besuche auf allen Ebenen, darunter auch Gipfeltaffen, stattgefunden haben. In den 3 Jahren ist es uns ... gelungen, ein sehr solides und positives Guthaben bei der Umgestaltung unserer Politik anzusparen. (...) Ich möchte sagen, daß wir gegenwärtig in Asien und in der Pazifikregion Veränderungen beobachten, an die vor drei Jahren nicht zu denken war. Davon konnte man nur träumen."

Vgl. MDA v. 2.8., S. 1-2

Pacex: US-Kriegsübung für den gesamten asiatisch-pazifischen Raum

Ab September führen die USA für 8 Wochen im gesamten Raum des Indischen Ozeans und des Pazifiks das Großmanöver "Pacific Exercise" (Pacex) durch. Beteiligt sind neben der Pazifikflotte auch alle anderen Waffengattungen. Die USA haben neben Südkorea, den Philippinen und Australien auch erstmals Japan aufgefordert, Verbände in diese semi-globale Kriegsübung unter US-Oberkommando direkt zu integrieren.

Vgl. MDA v. 10.8., S. 8

Deutsche Fregatten für den Pazifik

Bundesdeutsche Werften haben von Australien einen der größten Rüstungsaufträge der letzten Zeit erhalten. 10 Fregatten des von "Blohm + Voß" entwickelten Typs MEKO 200 im Gesamtwert von umgerech-

net rund 7,25 Mrd. DM werden gebaut, und zwar direkt für Australien und 2 für Neuseeland, die dann eine Schlüsselrolle im gemeinsamen australisch-neuseeländischen Armeekorps (ANZAC) einnehmen werden. Für kurze Zeit war die neuseeländische Beteiligung in Frage gestellt, da der Hauptbefürworter dieses maritimen Aufrüstungsprojektes, Premier David Lange, überraschend aus innenpolitischen Gründen zurückgetreten war. Er hatte in den Verhandlungen den Kauf von bis zu 4 Fregatten in Aussicht gestellt. Australiens Premier Hawke hatte seinem neuen Amtskollegen Palmer daraufhin mit negativen Konsequenzen für die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern insgesamt gedroht, falls die neuseeländische Labour Party nun den Verzicht auf die Fregatten durchsetze. Der Zuschlag an die bundesdeutschen Werften ist nun durch die australische Regierung erfolgt, ohne daß bereits die formelle Zusage Neuseelands vorliegt.

Vgl. MDA v. 11.8., S. 2; FEER v. 17.8., S. 10f; FAZ v. 9.8. 1989

ASEAN-Außenministerkonferenz in Brunei

Die 23. ASEAN-Außenministerkonferenz fand vom 3. bis 5. Juli in Bruneis Hauptstadt Seri Begawan statt. Zentrales Thema war die weitere Entwicklung des Kambodscha-Konfliktes und hier vor allem die Pariser Konferenz. Ferner verabschiedeten die sechs Außenminister einen Appell zu verstärkter Finanzhilfe für die Philippinen durch die internationalen Finanzinstitutionen und die Geberländer. Im Anschluß an die Konferenz fanden die sogenannten Dialogtreffen mit den Pazifikanrainern und der EG statt, in deren Vordergrund die weitere Entwicklung der Wirtschaftskooperation im pazifischen Raum stand.

Zur Hintergrundinformation über die Konferenz und die Dialogtreffen siehe auch die Artikel und Berichte im Südostasien- und im Kambodscha-Teil dieser Ausgabe.

vgl. MDA v. 4.7., 5.7., 7.7., 11.7.; FEER v. 20.7., S. 10-11; AW v. 18.8., S. 25

Malaysia gegen Australiens Pazifikinitiative

Malaysias Premier Mahathir opponiert innerhalb der ASEAN gegen eine Unterstützung von Australiens Vorschlag einer "OECD für den Pazifik", da Australien dies nur als weiteres Vehikel benützen würde, sich in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten einzumischen. Als Beispiel führt er die australische Kritik an der Verhaftungswelle nach dem "Internal Security Act" (ISA) in Malaysia an. Thailand und Indonesien führen jetzt Gespräche mit Malaysia, um doch noch zu einer gemeinsamen Haltung der ASEAN zu kommen.

Vgl. FEER v. 10.8., S. 9

Internationale "Gastarbeiter"-Gewerkschaft in Hongkong gegründet

Arbeitsemigrant(inn)en aus Thailand, den Philippinen, Indonesien, Indien und Sri Lanka, die in Hongkong als Hausangestellte arbeiten, haben am 10. Juni eine gemeinsame "internationale" Gewerkschaft gegründet, die "Asian Domestic Workers Union" (ADWU). Die Vorsitzende des Organisationskomitees, Frau Amphan Calixterio aus Thailand, kritisierte in einer Erklärung zur Gründung die besonders rechtlose Lage der Hausangestellten, deren schlechte Verträge häufig noch nicht einmal von den Arbeitgebern eingehalten würden. Durch das Ausländerrecht Hongkongs sei ihnen praktisch jede organisatorische Verbindung mit Gewerkschaften ihres Heimatlandes untersagt, und im Falle der Entlassung seien sie von sofortiger Ausweisung bedroht. Die neue Gewerkschaft will nun gegenüber den Regierungen der Herkunftsländer ihrer Mitglieder und der Regierung Hongkongs Druck ausüben, daß die Richtlinien der Internationalen Arbeitsorganisation ILO über die Rechte und den Schutz von Arbeitsemigranten eingehalten werden.

Vgl. CCA News, Vol. 24, Nr. 7 (Juli), S. 12